

## 8. März 2022 – Redebeitrag des Migrantinnenbündnisses Kassel

Das statistische Bundesamt meldet: Die deutschen Exporte haben im Pandemiejahr 2021 enorm zugelegt und sind sogar über das Niveau vor der Pandemie gestiegen. Das klingt ja beim ersten Hinhören sehr positiv. Was aber geht uns diese Meldung heute am internationalen Frauentag an?

Entscheidendes Kriterium für den deutschen Aufschwung: Deutschland konkurriert mit seinem immer mehr anschwellenden Niedriglohnsektor andere Nationen nieder. Für die Erfolge der Wirtschaftsnation Deutschland müssen immer mehr Menschen zu immer schlechteren Bedingungen Lohnarbeiten gehen. Und dies betrifft vor allem uns Frauen.

Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass – verstärkt durch die Corona Krise – immer mehr Menschen – und vor allem Frauen – in sogenannten Minijobs arbeiten müssen. Seit der Arbeitsmarktreform 2003 bis 2019 war die Zahl der Menschen in Minijobs bereits um 43% auf 7,6 Millionen angestiegen, das waren fast 20% aller Beschäftigten. Für 61% dieser Menschen war der Minijob ihre Haupttätigkeit. In den ersten Monaten der Pandemie hatten nach Schätzungen des Instituts 850.000 dieser Minijobber\*innen (also 12%) ihren Job ganz verloren. Alle weiteren hatten in Lockdown-Phasen keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld.

In der Wochenzeitung „Die Zeit“ war am 1. Februar 2022 zu lesen: „Mittlerweile ist die Zahl der Minijobs wieder auf Vorkrisenniveau. Es gibt dabei immer weniger Menschen, die ausschließlich einen Minijob machen, und mehr Menschen, die einen 450-Euro-Job nebenbei machen.“

Dies alles zeigt deutlich, dass Minijobs keineswegs ein Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt sind, wie in der politischen Propaganda immer wieder behauptet wird. Minijobs sichern keine Existenzen, sondern sie sichern die Prekarität der Betroffenen! Minijobs dienen wie die Leiharbeit nur dem Kapitalprofit – als Niedriglohnsektor in der internationalen Konkurrenz – und in wirtschaftlichen Krisenzeiten werden sie schnell abgebaut.

Im aktuellen Koalitionsvertrag hat sich die FDP in Bezug auf die Minijob-Regelung durchgesetzt. Der Verdienst soll sich auf 520 Euro erhöhen; nach wie vor gibt es aber keine Sozialversicherungspflicht. Es wird nur vollmundig versprochen: Es soll verhindert werden, „... dass Minijobs als Ersatz für reguläre Arbeitsverhältnisse missbraucht oder zur Teilzeitfalle insbesondere für Frauen werden. Die Einhaltung des geltenden Arbeitsrechts bei Mini-Jobs werden wir stärker kontrollieren.“ Die

Realität sieht jetzt schon anders aus.

In Wirtschaftskrise und Pandemie nehmen die Ungleichheiten im Einkommen zwischen den Geschlechtern weiter zu. Sorge- und Reproduktionsarbeit wurde um einiges mehr auf Frauen abgewälzt. Weniger Erwerbsarbeit – mehr Kinderbetreuung. Auch das Risiko von Altersarmut bei Frauen nimmt weiter zu. Sie erhalten hierzulande jetzt schon durchschnittlich 46 Prozent weniger Rente als Männer.

Wir fordern jetzt erst recht: Sorgearbeit gehört in gesellschaftliche Verantwortung. Wir Frauen wollen unabhängig arbeiten und leben! **Voraussetzung dafür ist eine deutliche gesellschaftsweite Verkürzung der Arbeitszeit und die Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle Arbeitsfähigen!** Nicht nur tariflich in einigen bevorzugten Branchen, in denen hauptsächlich Männer arbeiten – sondern gesetzlich für alle!

Als erste Schritte in diese Richtung fordern wir:

### **1. Die Aufwertung systemrelevanter Berufe!**

In der Pflege, im Gesundheitswesen, in der Gebäudereinigung, im Einzelhandel sowie in Erziehungs- und Sozialberufen, sind mehrheitlich Frauen beschäftigt – oft prekär. Bspw. arbeiten nach einem aktuellen Bericht des Statistischen Bundesamtes im Bereich Altenpflege 85% Frauen, davon 68% in Teilzeit. Sie alle stehen angesichts der Corona-Krise immer noch unter besonders großem Druck. Fehlende Ressourcen bringen die Frauen an ihre körperlichen und psychischen Grenzen. In allen diesen Bereichen ist die Infektionsgefahr besonders hoch. Wir solidarisieren uns mit den Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen und unterstützen ihre Forderungen in der aktuellen Tarifrunde.

### **2. Wir fordern höhere Löhne und sichere und gute Arbeitsbedingungen!**

Frauen verdienen durchschnittlich 18 % Prozent weniger als Männer bei gleicher Anstellung. Sie arbeiten mehrheitlich in den Dienstleistungsberufen. Insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund arbeiten in diesen prekären Arbeitsverhältnissen oder Minijobs. Die Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro wird angesichts der Inflation dahinschmelzen. Die Preise für Strom, Gas und Lebensmittel steigen sprunghaft und drastisch. Zudem steigt die Einkommensgrenze für Minijobs von 450 auf 520 Euro.

Das bedeutet eine Verschlechterung der sozialen Sicherheit.

Deshalb fordern wir: Sozialversicherung ab dem 1. Euro!

Wir müssen unsere Kräfte bündeln und gemeinsam kämpfen!